

# Ministerpräsident würdigt Islam-Studiengang in Frankfurt

Koch bei Landesausschänderbeitrat / Weitere Beobachtung von Islamisten angemahnt / Kritik an Härtefallkommission zurückgewiesen

Frankfurt. Ministerpräsident Roland Koch (CDU) hat eine weiterhin hohe Wachsamkeit gegenüber dem Eintritt radikaler Islamisten in Deutschland angekündigt. Den ganz ganz überwiegenden Teil der Muslime betrifft, das nicht aber wir dürfen die Augen vor Problemen nicht verschließen", sagte Koch bei einem Gespräch mit dem Landesausschänderbeitrat am Samstag in Frankfurt. Ihm gehören rund 110 Mitglieder aus den meisten kommunalen Ausschändervertretungen in Hessen an. Ausdrücklich würdigte der Ministerpräsident die Einrichtung des Studienfachs Islamische Religionswissenschaft an der Frankfurter Universität (siehe F.A.Z. vom Samstag). In der Debatte über die Bildungspolitik sprach sich Koch gegen die von Manuel Parrondo, dem Vorsitzenden des Landesausschänderbeitrats, geäußerte Forderung aus, Schüler erst nach der achten Klasse in verschiedene Schulformen aufzuteilen. „Das hilft weder den Schwächeren noch den Besseren.“

Angesprochen auf die Durchsuchungen von Moscheen, hob Koch hervor, daß der Staat es nicht hinnehmen könne, wenn dort gewaltverherrlichende Videos gezeigt würden oder es Anwerberstudie für terroristische Ausbildungslager gebe. „Es gibt viel Anlaß zur Besorgnis, und wenn wir nicht aufpassen, kann Madrid auch Frankfurt sein", sagte er in Anspielung auf den Anschlag in der spanischen Hauptstadt im März 2004. „Moscheen dürfen kein Schutzraum für Maßnahmen sein, die wir nicht dulden können.“ Um entsprechende

Aktivitäten zu stoppen, sei die Mitwirkung aller Bürger nötig.

Mit dem Verweis auf den neuen Studiengang widersprach der Ministerpräsident Parrondo, der gesagt hatte, in der Ausbildung von Lehrern für einen islamischen Religionsunterricht an deutschen Schulen „ist fast nichts geschehen". Koch erwartet



Foto: Winger Bergmann

**Roland KOCH**, hessischer Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzender, fordert eine hohe Wachsamkeit gegenüber gewaltbereiten Islamisten in Deutschland.

sich von dem neuen Fach eine „akademische Verstärkung" auf diesem Sektor, auch wenn es nicht gerade einlaß sei, islamischen Religionsunterricht überhaupt zu installieren. Bisher sieht das Land keinen geeigneten Kooperationspartner dafür, nie es etwa die Kirchen für den christlichen Religionsunterricht sind. Koch würdigte die Kooperation von Universität und der türkischen Religionsbehörde in Ankara bei der Entwicklung des neuen Studienfachs und der Einrichtung der Stiftungsprofessur Islamische Religion. Diese gibt es seit 2003, sie wird von der Religionsbehörde finanziert und war

wesentlich an dem Zustandekommen des neuen Studiengangs beteiligt, den es vom Sommersemester an geben soll. Eine Einführung habe der Türkei auf die Lehre an der Universität steht Koch nicht. „Dagegen hat die Universität Vorkehrungen getroffen.“ Er verwies zudem auf die Anstrengungen des Landes, für Schulen Un-



Foto: Winger Bergmann

**Manuel PARRONDO**, Vorsitzender des Landesausschänderbeitrats, kritisiert die Zusammensetzung der sogenannten Härtefallkommission zur Abschiebung

terrichtseinheiten mit dem Schwerpunkt Islam für den Ethikunterricht entwickelt zu haben, die schon eingesetzt wurden. Koch ließ keinen Zweifel daran, daß die Landesregierung am dreigliedrigen Schulsystem festhalten werde. Allerdings mußten die „Startvoraussetzungen" der Schüler mit schlechten Deutschkenntnissen weiter verbessert werden. Wie Parrondo lobte Koch die Bemühungen in der Sprachförderung, etwa in den sogenannten Vorlaufkursen vor dem Eintritt in die Grundschule. Allerdings bezeichnete der Ministerpräsident die Zahl von 6000 Kindern, die jährlich in Sprachförderkursen

seien, als zu hoch. „Es ist die Verpflichtung aller Eltern, daß ihre Kinder Deutsch sprechen können", sagte er. Das gelte auch für jene Eltern nichtausländischer Herkunft, deren Kinder gefördert würden. Das seien immerhin 15 Prozent, je nach 6000 Kinder. Koch sprach sich dafür aus, die Sprachförderung in den Kindergärten weiter zu intensivieren. Wenn die Zahl von Kindern in den Vorlaufkursen sinke, könnten dort frei werdende Kräfte in Kindergärten eingesetzt werden.

Parrondo kritisierte den Beschluß des Landtages, wonach der Petitionsausschuß prüfen soll, ob abzuschubende Ausländern aus humanitären oder persönlichen Gründen ein Bleiberecht gewährt werden kann; der Ausschuß erfüllt somit die Funktion der im neuen Zuwanderungsgesetz begründeten „Härtefallkommission". Parrondo forderte Koch auf, dem Beispiel seines saarländischen Kollegen Peter Müller (CDU) zu folgen und diese Kommission nicht nur mit Landtagsabgeordneten, sondern auch mit Experten aus Wohlfahrtsverbänden oder Menschenrechtsorganisationen zu besetzen.

Koch sagte, der hessische Petitionsausschuß verfolge über mehr Kenntnisse in den erstspärenden Fragen als Gremien in anderen Bundesländern. Er sei deswegen für die Aufgabe geeignet, als Härtefallkommission zu fungieren. Diese werde so wieso nur in extremen Ausnahmefällen tätig. Zudem gebe es den Dialog mit anderen Organisationen, etwa dem Landesausschänderbeitrat oder den Kirchen.

Rhein - Mein - Zeitung, 24.01.05